

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

Inge Wettig-Danielmeier  
MdL, Bundesvorsitzende der  
Arbeitsgemeinschaft so-  
zialdemokratischer Frauen  
(AsF), trifft Feststellun-  
gen zu den Frauen-Beschlüs-  
sen des CDU-Parteitages:  
Leere Versprechungen.

Seite 1

Beate Weber MdEP, Vorsit-  
zende des Unterausschus-  
ses im Europäischen Parla-  
ment, zur EG-Einigung in  
der Auto-Abgas-Frage: Um-  
weltpolitische Mogelpak-  
kung.

Seite 3

Gert Weisskirchen MdB ver-  
urteilte die Wende-Poli-  
tik der Bundesregierung  
gegenüber dem Kölner Ost-  
Institut: Anschlag auf die  
politische Kultur.

Seite 4

Dr. Alfred Emmerlich MdB,  
Stellvertreter Vorsitz-  
ender der SPD-Bundestags-  
fraktion, zum 30jährigen  
Bestehen des Bundesso-  
zialgerichts: Autorität  
durch Kompetenz und Enga-  
gement.

Seite 5

40. Jahrgang / 57

22. März 1985

Leere Versprechungen

Feststellungen zu den Frauen-Beschlüssen des CDU-Partei-  
tages

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL  
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemo-  
kratischer Frauen (AsF)  
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Wir begrüßen, daß mit der Annahme des Frauenantrages  
durch den Parteitag auch die CDU endlich erkannt hat, daß  
die Frauen in der Bundesrepublik mehr wollen als ein kon-  
servatives Familienleitbild.

In ersten unzureichenden Schritten beginnt die CDU nach-  
zuvollziehen, was die SPD bereits im Orientierungsrahmen  
1975 beschlossen hat. Die veränderte Lebensrealität und  
das gewandelte Frauenbewußtsein ist eine nicht mehr zu  
leugnende politische Kraft, die die CDU um ihre Mehrhei-  
ten bangen läßt.

Ob dem von der Parteispitze eingeleiteten Prozeß auch ein  
geändertes Bewußtsein und vor allem eine andere Politik  
der Konservativen folgt, bleibt eine vage Hoffnung.

"Ohne das Opfer der Mütter hat unser Land keine Zukunft" -  
dieser Satz aus der Eröffnungsrede des Bundeskanzlers  
erinnert jedenfalls fatal an die Worte von Vorgestern.  
Im Sinne des Leitantes hätte Kohl auch die Väter in  
die Pflicht nehmen müssen. Das ist seinem Denken ebenso  
fremd wie eine Politik der Gleichstellung von Mann und  
Frau. Die CDU müßte zur eigenen Glaubwürdigkeit die Wende  
noch einmal vollziehen.

Bisher hat die CDU-geführte Bundesregierung die mühseligen  
Ansätze der sozial-liberalen Koalition zur Gleichstellung  
der Frauen abgebaut: in der Bildung, im Arbeitsleben, in  
der Familienpolitik.

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 1

Druckfertig erstellt  
auf freizeits. Rohstoffen  
Recycling-Papier



Der CDU-Beschluß verspricht den Familienfrauen gerechteren Unterhalt nach der Scheidung. Im Bundestag wird auf Antrag der CDU-geführten Regierung der Unterhaltsanspruch der Hausfrauen gerade abgebaut.

Der CDU-Beschluß verspricht Erziehungsgeld und Elternurlaub mit Beschäftigungsgarantie. Vor einem Jahr wurde das Erziehungsgeld für die berufstätigen Mütter abgebaut (Mutterschaftsurlaub).

Der CDU-Beschluß verspricht die Gleichstellung der Frauen im Arbeitsleben. Aber für die Verwirklichung der Gleichstellung verspricht er nichts. Der Appell an die Arbeitgeber hat seit 1949 keine Früchte getragen. Gegenwärtig sind zwei Drittel der Jugendlichen, die einen Arbeitsplatz suchen, Mädchen - trotz besserer Qualifikation.

Die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt erfordert mehr als Appelle, nur ein Gleichstellungsgesetz kann dem Willen der Politik Nachdruck verleihen. Ein solches Gleichstellungsgesetz, das zum Beispiel die Ausbildungsplätze je zur Hälfte für Jungen und Mädchen vorsieht, kommt in dem Beschluß nicht vor.

In den Leitsätzen wird die Gleichstellung der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen gefordert. Aber wo sind die Gleichstellungsstellen, die diesem Willen Nachdruck verleihen? Nur in SPD-geführten Landesregierungen gibt es Gleichstellungsstellen mit konkreten Handlungsvollmachten und konkreten Erfolgen. Die CDU hat Anträge auf Gleichstellungsstellen in Ländern und Kommunen bisher höhnisch abgelehnt.

Die Liste der Widersprüche kann mühelos verlängert werden. Geduldiges Papier reicht für das veränderte Bewußtsein der Frauen nicht mehr aus. Wir erwarten Taten von der CDU! Wir erwarten Taten von allen Parteien!

(-/22.3.1985/rs/ks)

+ + +



Umweltpolitische Mogel-Packung

Zur EG-Einigung in der Auto-Abgas-Frage

Von Beate Weber MdEP

Vorsitzende des Umweltausschusses im Europäischen Parlament

Das Auseinanderbrechen des Gemeinsamen Marktes ist verhindert worden, verschiedene Technologien zur Verringerung der Autoabgase und damit das schrittweise Einführen besserer Werte sind auch mit Steuererleichterungen erlaubt. Man soll sich auf Euro-Normen einigen.

Aber trotz dieser Ergebnisse erweist sich die Entscheidung umweltpolitisch als Mogel-packung:

- o In den nächsten acht Jahren ist kein wesentliches Absinken der Stickoxidbelastung aus dem Verkehr (allein in Deutschland 55 Prozent aller Stickoxidemissionen) zu erwarten. Erst nach 1992 wird es eine spürbare Verringerung geben. (siehe IFEU-Studie 1985)
- o Die Grenzwerte (Kohlenmonoxid, Kohlenwasserstoffe und Stickoxid), die für mittlere und kleinere Wagen unter 1400 ccm bis 1990/91 und, leicht verbessert, bis 1993/94 gelten sollen, sind zu hoch.
- o Fast die Hälfte aller Kraftfahrzeuge dürfen bis 1990 praktisch unvermindert Schadstoffe ausstoßen (unter 1400 ccm liegen in Italien allein circa 65 Prozent, in Frankreich circa 50 Prozent aller Kfz).
- o Die ab Juni 1985 erlaubten Steuererleichterungen sind zu gering, als daß sie den Umstellungsprozeß beschleunigen könnten (hat die Bundesregierung hier nicht auf ein Holzpferd gesetzt?)
- o Bleifreies Benzin muß erst ab 1989 angeboten werden, wofür es keine technische oder wirtschaftliche Begründung gibt.

Nun muß die Bundesregierung zeigen, wie ernst sie es selbst mit dem Umweltschutz meint.

Außerhalb der EG-Regelungen und ohne Angst vor Streit kann sie

- o allein durch Geschwindigkeitsbeschränkung auf 100 km/h auf den Autobahnen 160.000 t NOx/a; 80 km/h auf Landstraßen 110.000 t NOx/a und noch einmal 80.000 t NOx/a bei 30 km/h im Innenstadtverkehr von unserer Luft fernhalten;
- o durch weitestgehende Verlagerung des Güterfernverkehrs von der Straße auf die Schiene und damit
- o zwölf autofreie Sonntage im Jahr

die Belastung unserer Luft spürbar sofort verringern.

Jetzt sind nach den vielen Ankündigungen Taten gefragt, denn der Patient darf nicht sterben.

(-/22.3.1985/rs/ks)

+ + +



Ein Anschlag auf die politische Kultur

Die Bundesregierung will das Kölner Ost-Kolleg auf Wende-Kurs zwingen

Von Gert Weisskirchen MdB

27 Jahre lang hat das Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung die wissenschaftliche Diskussion um die gesellschaftliche Entwicklung Ost-Europas bestimmt. Die unterschiedlichen Erklärungsansätze konnten sich entfalten, weil das Wissenschaftliche Direktorium die Garantie einer liberalen Atmosphäre für sachliche Auseinandersetzung bot.

In der Bundesrepublik Deutschland und über unsere Grenzen hinaus waren die Veranstaltungen des Ostkollegs Stätten des offenen und zugleich kontroversen Dialogs, frei vom parteipolitischen Zugriff jeweiliger parlamentarischer Mehrheitsverhältnisse. Das hohe Ansehen des Ostkollegs gründete sich auf die Unabhängigkeit wissenschaftlicher Erkenntnis von tagespolitischer Opportunität.

In der Form eines verdeckten Staatsstreichs soll dieses Streben nach Wissenschaftlichkeit und inhaltlicher Ausgewogenheit zunichte gemacht werden. Die vom Hause Zimmermann hinter den Kulissen vorbereitete Beseitigung des wissenschaftlichen Direktoriums ist ein Schlag ins Gesicht gegen ein Stück politischer Kultur in unserer Republik.

Da redet Helmut Kohl unentwegt von "Geist und Moral" auf dem CDU-Parteitag, daß ihm die Luftblasen nur so aus dem Munde quellen und seine Regierungsbeamten täuschen unabhängige Wissenschaftler anlässlich der 96. Sitzung des Direktoriums des Ostkollegs, ihre Auflösung sei vom Tisch; in der 97. Sitzung jedoch wird regierungsamtlich ihr Ende verkündet.

Die Umwandlung dieser wissenschaftlich angesehenen Bildungsstätte zum Propaganda-Instrument ist ein Anschlag auf unsere politische Kultur. (-/22.3.1985/rs/ks)

+ + +



Dreißig Jahre Bundessozialgericht

Sachkompetenz und couragiertes Engagement charakterisieren diese Institution

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Dreißig Jahre sind eigentlich kein Alter. Und Autorität stellt sich üblicherweise erst in reiferen Jahren ein.

Wenn aber das Bundessozialgericht in diesen Tagen auf drei Jahrzehnte seines Wirkens zurückblickt, so kann man feststellen: Von Schaffenskraft gekennzeichnete Jugendlichkeit ist durchaus vereinbar mit einer durch Sachkompetenz und couragiertes Engagement gewachsenen Autorität.

Schaffenskraft kann man dem Obersten Gericht der Sozialgerichtsbarkeit nun wirklich bescheinigen: In über 15.000 Revisionen - das sind nach Paragraph 160 des Sozialgerichtsgesetzes insbesondere Fälle von grundsätzlicher Bedeutung - war das Bundessozialgericht zur Entscheidung aufgerufen. Dabei hat es im Laufe der Jahre interessante Schwerpunktverlagerungen gegeben; ging es beispielsweise im Jahr 1958 bei den cirka 2.800 Entscheidungen noch in über 1.700 Fällen, also zu etwa 60 Prozent um Angelegenheiten der Kriegsopferversorgung, so sank deren Anteil bis 1982 auf weniger mehr als fünf Prozent. Der Anteil von Streitigkeiten im Bereich der Arbeitslosenversicherung stieg dagegen von vier Prozent auf über zwölf Prozent. Statistik gilt als eine nüchterne Disziplin. Die wenigen Zahlen machen aber bereits deutlich, wie sehr die Sozialgerichtsbarkeit in die historisch bedingten oder durch die Politik zu verantwortenden sozialen Gegebenheiten eingebunden war und ist - zum Über-den-Wolken-Schweben fehlte die Muße.

Die Zahlen widerlegen auch das Vorurteil, beim Sozialrecht handele es sich um eine trockene, undurchschaubare Sondermaterie des Verwaltungsrechts, bei deren Bewältigung vor allem die medizinischen Gutachter das Sagen haben. Nein: Das Bundessozialgericht beschäftigt keine Technokraten oder "Obermediziner". Die hohe Verantwortung der Richter (zur Zeit sind es 40) resultiert vielmehr daraus, daß das Sozialrecht im wesentlichen die Aufgabe hat, sozialen Ausgleich herzustellen, indem es insbesondere die finanziellen Folgen individueller Notlagen auf die Allgemeinheit oder eine Solidargemeinschaft verlagert. Insofern gehören Sozialrecht und Sozialstaatsprinzip aufs engste zusammen. Diese Verbindung stets im Auge gehabt zu haben, ist eines der großen Verdienste des Bundessozialgerichts.

Natürlich sind es immer auch Personen - besser: Persönlichkeiten - die den Ruf einer Institution prägen. Und hier darf der Name des 1984 in den Ruhestand getretenen, bis dahin langjähriger Chef des Gerichts, Professor Dr. Georg Wannagat, nicht unerwähnt bleiben. Georg Wannagat hat einen gewichtigen Anteil daran, daß das Sozialrecht in der Rechtswissenschaft, einer Disziplin mit eher konservativen Gepräge, überhaupt erst "hoffähig" geworden ist.

Niemand sollte deshalb vergessen, den verdienstvollen "Pensionär Wannagat" in die Jubiläumsglückwünsche einzubeziehen.

(-/22.3.1985/rs/ks)

+ + +

